Stadt Cottbus / mesto Chosebuz Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.				
StVV	IV-077/07			
НА				

Dezernat: IV Amt: 60		Termin der Tagung: 26.09.2007			
Vorlage zur Entscheidung					
durch den Hauptausschuss					
durch die Stadtverordnetenversammlung			nichtöffentlich		
Beratungsfolge:	Datum			Datum	
☐ Dienstberatung Rathausspitze	31.07.07	\vdash	Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.		
Haushalt und Finanzen			Umwelt		
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	13.09.07		Hauptausschuss	19.09.07	
Wirtschaft		\boxtimes	Stadtverordnetenversammlung	24.07.07	
Bau und Verkehr	12.09.07	\boxtimes	Ortsbeiräte/Ortsbeirat	20.06.07	
Bildung, Schule, Sport u. Kultur			JHA		
Die Stadtverordnetenversammlung möge b Die Einzelsatzung der Stadt Cottbus über d Finkenweg im Stadtteil Kiekebusch		von l	Beiträgen für straßenbauliche Maßnahm	en am	
Frank Szymanski	_			_	
Beratungsergebnis des HA/der StVV:			Beschluss-Nr.:		
einstimmig mit Sti	mmenmehrl	heit	Tagung am: TOP:		
			Anzahl der Ja -Stimmen:		
laut Beschlussvorschlag			Anzahl der Nein -Stimmen:		
mit Veränderungen (siehe Niederschrift)			Anzahl der Stimmenthaltungen :		

Vorlagen-Nr.: IV-077/07					
Problembeschreibung/Begründung:					
Im Jahr 2003 veranlasste die Gemeinde Kiekebusch den Ausbau des Finkenweges. Bei dem Finkenweg handelt es sich um eine Anliegerstraße.					
die Anlieger rechtssicher bescheiden zu können, bedarf es einer wirksamen Ermächtigungsgrundlage.					
ie am 26. März 2005 veröffentlichte (allgemeine) Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Cottbus scheidet insofern für die orliegende Maßnahme schon allein deshalb aus, als die sachliche Beitragspflicht der o. g. Maßnahme vor dem krafttreten dieser Satzung am 01.07.04, nämlich mit dem Abschluss der Baumaßnahme am 14.07.2003, eingetreten war.					
Als weitere Ermächtigungsgrundlage kommt vorliegend grundsätzlich auch die (allgemeine) Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Kiekebusch vom 01. Dezember 2000, veröffentlicht im Amtsblatt (Nummer 02 des Jahrganges 9) des Amtes Neuhausen am 23. Februar 2001, in Betracht. Die sachliche Beitragspflicht fällt noch in den Zeitraum des Geltungsbereiches des "alten" Ortsrechtes der Gemeinde Kiekebusch.					
Ende des Jahres 2005 fand beim Verwaltungsgericht Cottbus ein außergerichtlicher Erörterungstermin zu der Baumaßnahme Harnischdorfer Straße in Gallinchen statt. Die Berichterstatterin der für Beiträge zuständigen Kammer verwies bereits zu diesem Zeitpunkt darauf, dass neben der im gleichen o. g. Amtsblatt abgedruckten Einzelsatzung zur Harnischdorfer Straße u. a. die o. g. (allgemeine) Straßenbaubeitragssatzung der Gemeinde Kiekebusch in mehrfacher Hinsicht rechtlichen Bedenken unterliege. So enthalte diese Satzung sehr wahrscheinlich eine unzulässige Tiefenbegrenzung. Ebenso seien einzelne Bestimmungen der Verteilungsregelung dieser Satzung rechtlich nicht mit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Brandenburg vereinbar. Ferner sei in der Verwaltungsgerichtskammer insbesondere noch rechtlich zu erörtern, ob die im o. g. Amtsblatt abgedruckten Satzungen überhaupt wirksam veröffentlicht worden und ob daher auch die (allgemeine) Straßenbaubeitragssatzung der Gemeinde Kiekebusch damit möglicherweise insgesamt nichtig ist.					
Da weitere Ermächtigungsgrundlagen für die noch zu erlassenden Beitragsbescheide nicht in Betracht kommen, bedarf es somit des Beschlusses einer auf den Zeitpunkt des Eintritts der sachlichen Beitragspflicht rückwirkenden Einzelsatzung. Diese muss entsprechend dem vorliegend anzuwendenden Mindestinhaltsgebot des § 2 Abs. 1 Satz 1 Kommunalabgabengesetz Brandenburg (a. F.) einen Beitragsatz ausweisen. Dieser beträgt hier 1,974332 €pro m².					
Ohne den Erlass der vorliegenden, auf den 01. Januar 2003 rückwirkenden Einzelsatzung, würde die Stadt Cottbus Einnahmen in Höhe von insgesamt 12.852,90 €verlieren.					
Finanzielle Auswirkungen:					
1. Gesamtkosten:					
Einnahmen: 12.852,90 €					
2. Sicherstellung der Finanzierung:					
3. Folgekosten:					

keine